



## Prävention muss alle erreichen

*Menschen mit geistiger Behinderung nehmen seltener Krebsfrüherkennungsuntersuchungen in Anspruch. Das ist ein Ergebnis einer Studie der Ärztekammer Nordrhein und des Interdisziplinären Zentrums für Versorgungsforschung der Uni Witten/Herdecke.*

von Jocelyne Naujoks

**M**enschen mit geistiger Behinderung gehen öfter zum Haus- oder Facharzt, nehmen häufiger an Check-Up-Untersuchungen teil und haben eine höhere Impfquote als die Allgemeinbevölkerung. Das zeigen Ergebnisse einer Studie, die die Ärztekammer Nordrhein und das Interdisziplinäre Zentrum für Versorgungsforschung der Universität Witten/Herdecke auf einem Symposium zum Thema „Gesundheitsversorgung



### Gut versorgt

Im November 2013 hatte die 22. Landesgesundheitskonferenz (LGK) NRW festgestellt, dass Menschen mit Behinderung eine erhöhte Morbidität und Mortalität aufweisen.

Diagnosen wie Diabetes, Bluthochdruck oder Demenzen würden zu spät gestellt, medizinische Versorgungs- und Präventionsangebote seltener genutzt.

In einer Studie der Ärztekammer Nordrhein und des Interdisziplinären Zentrums für Versorgungsforschung der Universität Witten/Herdecke hat sich nun gezeigt, dass sich Menschen mit geistiger Behinderung grundsätzlich gut versorgt fühlen.

Großes Foto: Jochen Rolles  
Foto rechts:  
Bundesvereinigung Lebenshilfe/David Maurer



von Menschen mit geistiger Behinderung – Wo stehen wir heute?“ Ende Februar im Haus der Ärzteschaft vorgestellt haben. Ein weiteres Ergebnis: Präventionsangebote sollten besser auf Menschen mit Behinderung abgestimmt werden, um Risikofaktoren wie Übergewicht früh entgegenzuwirken

Für die Untersuchung wurden 181 Menschen mit geistiger Behinderung in Werkstätten in Witten, Solingen und Oberhausen sowie ihre Angehörigen und Betreuer befragt. Knapp 80 Prozent der Mitarbeiter in den Werkstätten sind laut Studie mit ihrem Arzt zufrieden, zwei Drittel der Angehörigen bewerten die ambulante Versorgung als gut.

Während zum Beispiel durchschnittlich nur ein Viertel der Allgemeinbevölkerung regelmäßig für ein Hautkrebs-Screening zum Arzt geht, nehmen 42 Prozent der Menschen mit geistiger Behinderung diese Vorsorgeuntersuchung in Anspruch. Andere Krebsfrüherkennungsuntersuchungen nutzen sie dagegen deutlich seltener als der Durchschnitt.

„Das Arzt-Patienten-Gespräch ist durch nichts im Gesundheitswesen zu ersetzen“, sagte Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. „Ärztinnen und Ärzte müssen Menschen mit einer geistigen Behinderung in Leichter Sprache über Ablauf und Nutzen, Grenzen und Risiken von Krebsfrüherkennungsuntersuchungen aufklären. Die Ärztekammer Nordrhein wird daher ab Herbst dieses Jahres Fortbildungen zum Thema Leichte Sprache in der Arzt-Patienten-Kommunikation anbieten“, sagte Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer Nordrhein. Berufstätigen Angehörigen müssten für Arztbesuche Stundenkontingente zur Verfügung stehen und Einrichtungen durch Ersatzpersonal entlastet werden, wenn Betreuer mit zum Arzt gehen, forderte Henke. Die Studie zeigt, dass rund drei Viertel der Mitarbeiter zum Arzt begleitet werden.

### **Barrieren abbauen**

Vor allem Kommunikationsschwierigkeiten, Ängste und Unruhe erschweren die Inanspruchnahme von Gesundheitsuntersuchungen, so ein Ergebnis der Befragung. Das Vertrauensverhältnis und die persönliche Bindung zwischen Arzt und Patient seien ausschlaggebend in der Behandlung von Menschen mit geistiger Behinderung, sagte Dr. Frank Bergmann, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordrhein. Bergmann regte an, dass eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Ärztekammer, KV und Krankenkassen Konzepte entwickelt, um die Barrieren bei Krebsvorsorgeuntersuchungen zu senken und Patienten, Angehörige und Betreuer für das Thema zu sensibilisieren.

Zwei Drittel der Mitarbeiter in den Werkstätten möchten weiterhin in der Praxis behandelt werden, Angehörige und Betreuer sehen dies ähnlich. Nur ein Fünftel wünscht sich, dass Gesundheitsuntersuchun-

gen in den Werkstätten stattfinden, berichtete Professor Dr. Max Geraedts, Leiter des Instituts für Versorgungsforschung und Klinische Epidemiologie an der Philipps-Universität Marburg. Für 66 Prozent der Angehörigen ist es nach eigenen Angaben schwierig, Ärztinnen und Ärzte zu finden, die auf die Behandlung von Menschen mit geistiger Behinderung eingestellt sind. Geraedts schlug daher vor, alternativ auch Gesundheitsuntersuchungen vor Ort anzubieten, die bei Bedarf genutzt werden können.

### **Prävention vor Ort anbieten**

18 Prozent der in den Werkstätten tätigen Behinderter nahmen in den vergangenen zwölf Monaten an Gesundheitskursen teil. Der Wert entspricht hier etwa dem der Allgemeinbevölkerung (16,6 Prozent). Etwa die Hälfte der Angehörigen sowie ein Drittel der Studienteilnehmer mit geistiger Behinderung halten Sport- und Entspannungsangebote sowie Kurse über gesundes Essen und Trinken oder Gewichtsabnahme für notwendig, sagte Geraedts. Ihm zufolge sind zwei Drittel der Menschen mit geistiger Behinderung, die für die Studie ärztlich untersucht wurden, prädiabes oder adipös. „Die Gesundheitskompetenz von Menschen mit geistiger Behinderung muss verbessert werden, um zum Beispiel einem metabolischen Syndrom früh entgegenzuwirken“, so die Geschäftsführende Ärztin der Ärztekammer Nordrhein Professor Dr. Susanne Schwalen, die die Studie gemeinsam mit Geraedts leitete.

Knapp ein Viertel der Angehörigen und Betreuer gebe an, dass viele Präventionskurse nicht für Menschen mit geistiger Behinderung ausgelegt seien, berichtete Geraedts weiter. Die Organisation und der Transport stelle 18 Prozent von ihnen vor weitere Probleme. 24 Prozent der Befragten wüssten zudem nicht, dass es Präventionsangebote gebe. Eine Lösung kann Geraedts zufolge sein, Präventionskurse in den Werkstätten anzubieten. Dies hatten die Hälfte der befragten Mitarbeiter und zwei Drittel der Angehörigen und Betreuer in der Befragung befürwortet. Die Präventionsangebote könnten auch für Menschen ohne Behinderung geöffnet werden, so Geraedts. 35 Prozent der Behinderten würden lieber Kurse außerhalb der Werkstätten gemeinsam mit Menschen ohne Behinderung wahrnehmen.

Die Kommunikation mit den Patienten und mit den Angehörigen und Betreuern koste viel Zeit, sagte Michael Etges, Facharzt für Allgemeinmedizin und Anästhesiologie aus Oberhausen. Das spiegeln auch die Studienergebnisse wider: 82 Prozent der befragten Hausärzte schätzen den Mehraufwand auf bis zu 50 Prozent. Dieser werde bisher nicht adäquat honoriert. Ärztinnen und Ärzte dürften keinen wirtschaftlichen Nachteil haben, wenn sie Menschen mit geistiger Behinderung behandeln, sagte Matthias Mohrmann, Vorstandsmitglied der AOK Rheinland/Hamburg. **RA**